

Aktionen gegen die neuen Nazis gehen weiter

Vor dem Bürgerhaus Mörfelden kam es erneut zu einer Protestveranstaltung gegen die „Reps“.

Das Bürgerhaus war an diesem Tag belegt, die Reps erhielten aus diesem Grunde keinen Raum.

Auf der Kundgebung erklärte hierzu die „Aktion Toleranz“: *„Wir haben uns trotzdem entschlossen, diese heutige Protestkundgebung durchzuführen. Wir wollen damit politisch die antifaschistischen Kräfte in unserer Stadt mobilisieren und zum Ausdruck bringen: Wir wollen keine neuen Nazis in unserer Stadt! Wenn die Reps jedoch einen weiteren Anlauf nehmen dann sind wir auch da und stehen vor diesem Haus, das für uns ein Haus mit demokratischer Tradition ist, ein Haus der Demokratie.“*

Das ehemalige Volkshaus wurde vor 1933 von Antifaschisten erbaut. Die Erbauer wurden nach 1933 von den Vorläufern der heutigen Reps in Zuchthäusern und KZ eingesperrt. Das darf man nicht vergessen. Das die Reps ins Bürgerhaus wollen - ist eine reine Provokation - gleichzeitig ist die Verhinderung ein symbolischer Akt.

Die Reps, denen am 28. April erstmals der Weg verstellt war, schrieben jetzt in einem Flugblatt, sie wollen dem „linken Zeitgeist“ eine rechte Alternative entgegensetzen und „demnächst mit Unterstützung anderer Rep-Kreisverbände“ ins Bürgerhaus einziehen.

Nun gibt es momentan ja keinen „linken Zeitgeist“ - im Gegenteil - gerade nach Magdeburg versuchen Gauwei-

ler und andere rechte Positionen zu besetzen.

Vor 1933 haben Industrielle die Nazi-partei finanziert. Wie ist das heute? Ein Nazimillionär namens Frey investiert in freie demokratische Wahlen. Da es - wie vor 1933 - Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst und Hoffnungslosigkeit gibt - der Boden also bereitet ist - konnte er 19 Neonazis in den Magdeburger Landtag hineinhieven. Eine Tatsache: Nazigelder konnten die Zusammensetzung des Parlamentes mitbestimmen.

Oder: Wer das nötige Geld hat, der kauft sich ins Parlament ein, wie in eine Aktiengesellschaft!

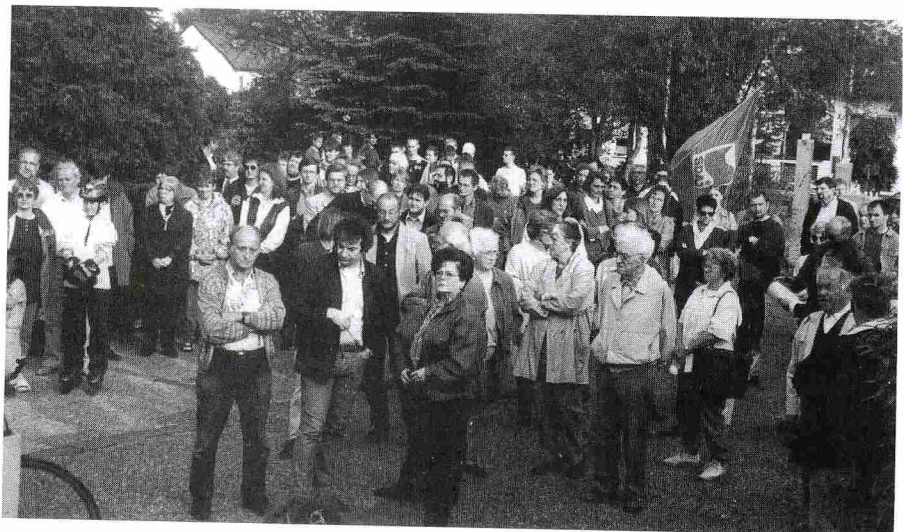
Um Wähler zu gewinnen braucht man heute offenbar keine Parteimitglieder, die öffentlich diskutieren. Man bezahlt den Druck von Plakaten, das Ankleben besorgt die Städtereklame.

Flugblätter verteilen? Das besorgt die Deutsche Post.

Das reicht immer noch nicht? Dann chartert man eben ein paar Flugzeuge und läßt Nazilosungen Tag für Tag über die Städte und Dörfer ziehen.

Keiner weiß, ob der Naziverleger Frey alle diese Millionen aus seiner Privatschatulle zahlt. Opfert er sein Vermögen für sein nationales Gemüt. Oder ist

(Fortsetzung nächste Seite)



„Wir sind da!“. Kundgebung der „Aktion Toleranz“ am 26. Mai vor dem Bürgerhaus in Mörfelden. Die Walldorfer Kantorei, Manuel Campos, Bodo Kolbe und Annette Seidel wirkten mit. Anne Reitmeier und Jochen Steinmann gaben einen Bericht aus Vitrolles. Rudi Hechler moderierte. Peter Gingold, Antifaschist aus Frankfurt, hielt eine beeindruckende Rede.

(Fortsetzung von Seite 1)

er der Strohmann, bei dem Gelder der Herren zusammenfließen, die noch im Schatten bleiben wollen?

Wer die Bilder aus dem Magdeburger Landtag sah, konnte noch andere Parallelen zur Frühzeit der Nazis entdecken. Stiernackige Personenschützer schirmten die DVU-Leute ab - wie früher die Sturmtruppen der SA. Der dortige DVU-Alterspräsident Wiechmann wurde in einem „Stern“-Interview deutlich. Er sagte: „Multikulturell heißt für mich multikriminell!“

Ein angekündigter Gysi-Besuch in Villingen-Schwenningen wird von den Neofaschisten im Internet so vorbereitet: „Kameraden, laßt uns diesen Mann gebührend empfangen! Nationaler Befreiungskampf fängt in der Heimatgemeinde an.“

Soll man angesichts solcher Entwicklungen den Kopf in den Sand stecken? Soll man sagen „wir lassen die Freys und Skibbas ruhig ihre Versammlungen machen - alles andere wertet sie ja nur auf“? Oder soll man ihnen aktiv entgegengetreten?

Wenn in einer knappen Woche 315 Bürgerinnen und Bürger aus Mörfelden-Walldorf, aktive Christen, Partei-lose, Sozialdemokraten, Kommunisten,

Grüne - Menschen mit unterschiedlicher politischer Auffassung, unterschiedlichen Alters - eine Anzeige gegen die Reps unterschreiben und sie mit Spenden auch noch finanzieren, dann ist das ein gutes Zeichen für Wachsamkeit in unserer Stadt. Diese demokratische Grundstimmung gilt es zu erhalten und zu fördern.

Vor 30 Jahren machte sich hier die NPD breit, heute sind es bei uns die Reps, die Boden gewinnen wollen. Ausnahmsweise kann man hier Gerhard Glokowski, SPD-Minister in Niedersachsen, zitieren, der auf die Frage warum er nicht zwischen NPD, Reps und DVU differenziere, antwortete: „Das hieße Scheiße nach Geruch zu sortieren.“

Wir alle haben heute Verantwortung, daß sich das braun-schwarze Sumpfgebiet nicht weiter ausbreitet. Man muß sich politisch mit diesen Gruppen auseinandersetzen und man muß die Abwehr organisieren. Ganz wichtig aber - man muß erkennen, warum erneut rechten Rattenfänger nachgelaufen wird.

Dieser Tage wurde das 150-jährige Paulskirchenjubiläum gefeiert. Der letzte lebende Enkel der Paulskirchen-Parlamentarier, Dr. Michael Venedey,

schlug die ehrenvolle Einladung von Petra Roth und Kanther zur Prominentenfeier aus und schrieb: „Was ist mit der Egalité? - bei 100 Milliarden und 6 Millionen Arbeitslosen?“

Diese wachsende Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist der Nährboden, auf dem Politikverdrossenheit, Resignation und rechtes Protestverhalten wächst.

Die Parteien der Neonazis versprechen Sicherheit durch Recht und Ordnung, verschweigen aber, daß die Nazis - die sie mehr oder weniger offen verehren - die größte Unordnung über das deutsche Volk gebracht haben, nämlich den Terror einer faschistischen Diktatur und das Chaos eines verlorenen Krieges.

Wir können uns erinnern: Vor 65 Jahren, unmittelbar nach dem Reichstagsbrand, begann die Verfolgung und Ermordung von Mitgliedern und Funktionären der KPD, der SPD und anderen Gegnern des Nationalsozialismus. Über 10.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden verhaftet, die SA wurde als „Polizei-Hilfsgruppe“ eingesetzt. Am Horizont zeichnete sich schon der Holocaust ab. Am 20. März entsteht - als erstes „offizielles“ KZ - das Konzentrationslager Dachau. In dieser Zeit wurden 80 Antifaschisten aus Mörfelden ins KZ Osthofen eingeliefert. Vom 1. April 1933 an beginnen die Boykottaktionen gegen jüdische Unternehmen und Geschäfte. Am 2. Mai 1933 besetzten SA und Mitglieder anderer NS-Organisationen die Gewerkschaftshäuser, Gewerkschaftsfunktionäre werden verhaftet, Einrichtungen der Arbeiterbewegung zerstört oder gestohlen.

Im Mai vor 65 Jahren gab es die Aktion „wider den undeutschen Geist“ hunderttausende Bücher - von Brecht und Heine bis Marx - wurden verbrannt. Noch brannten nur Bücher. Später rauchten die Öfen in Auschwitz und Buchenwald.

Wenn wir heute sagen „wehret den Anfängen“, dann wissen wir, warum wir das sagen: Die Neonazis werden heute schon von 100.000en gewählt. (Die NSDAP hatte 5 Jahre vor ihrer Machtergreifung im ganzen ehemaligen Reichsgebiet nur 800.000 Stimmen.)

Jede Demokratin, jeder Demokrat ist verantwortlich, daß so etwas nie wieder passiert. Jeder an seinem Platz.

Rudi Hechler



Brunnen mit Dorfplatz. Endlich nach langen Jahre der Planung und Diskussion ist es soweit. Der Dorfplatz in der Mörfelder Altstadt zwischen Mittel-, Hinter- und Schafgasse ist fertig. Der Kompromiß zwischen den Baumerhaltern und Parkplatzbefürwortern ist gefunden worden. Und wir wünschen, daß alle Anwohner mit diesem Kompromiß leben können. Etwas groß erscheint uns die Brunnenanlage für den kleinen Platz. Doch erkennt man die Proportionen auf den Plänen oft nicht deutlich genug. Und wegen der Kleinigkeiten, daß etwa eine Holzbank anstatt einer aus Edelstahl besser und billiger gewesen wäre, sollte man nicht streiten. Die Kinder haben den Platz schon in Besitz genommen und die Altstadt hat an Attraktivität gewonnen.



Fragen an die Ausbaubetreiber

Die FAG und die Deutsche Lufthansa wollen mit der Stadtverordnetenversammlung in Mörfelden Gespräche führen.

Die Fraktion der DKP/OL brachte folgende Fragen im Fragenkatalog ein:

1. Welche konkreten Pläne für eine Flughafen-Erweiterung gibt es tatsächlich und welche Lösungen werden zum jetzigen Zeitpunkt favorisiert?
2. Gibt es bei der FAG und der Lufthansa Vorstellungen, wo die Obergrenze der Flugbewegungen liegen könnte und welche maximale Steigerung wäre dabei innerhalb „des Zaunes“ zu realisieren?
3. Wenn 65% aller Flugbewegungen touristische sind, ist dann das Argument des „Wirtschaftsstandortes Rhein-Main“ noch haltbar?
4. Sind die FAG und die Lufthansa damit einverstanden, die Pläne für weitere Aus- und Neubauten solange zurückzustellen, bis eine ökologische Gesamtbelastungsstudie (heutiger Stand bis zur vorgesehenen Verdoppelung des Flugverkehrs) vorliegt?

Zusammenschluß der Anlieger gefordert

Die Fraktion der DKP/OL stellte folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung :

„Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich mit Flughafen-Anliegerkommunen Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Flughafenerweiterung zu erreichen. Dabei ist zu klären, ob eine Kooperation mit der bereits vorhandenen „Arbeitsgemeinschaft Mainschiene“ der Städte Hochheim, Hattersheim, Kelsterbach, Bischofsheim, Raunheim und Gustavsburg möglich ist.“

Begründung: Die Planungen für den Flughafen-Ausbau werden immer konkreter. Es ist zu befürchten, daß nach der Landtagswahl der Druck auf die Landes- und Kommunalpolitik stärker wird. Neben den Bürgerinitiativen, die sich gegen den Ausbau wenden, sollten unbedingt auch die Anliegerkommunen Aufklärung und Mobilisierung des Flughafenumlandes betreiben. Wir sind der Meinung, daß der Verein „Wirtschaftsförderung Region Frankfurt Rhein-Main“ nicht die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Kommunen des Flughafen-Umlandes und ihrer gewählten Gremien vertritt, wenn er den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens fordert.

Die Sache mit der Mediation

Aus Amerika soll die Methode kommen, heißt es. Scheidungsanwälte probieren sie manchmal aus. „Mediation = Vermittlung eines Staates in einem Streit“, steht im Duden. Aus „Konfliktgegnern“ sollen „Konfliktpartner“ werden. So weit so gut.

Nun hat vor einiger Zeit Ministerpräsident Eichel eine Mediationsrunde zur Flughafenerweiterung eingerichtet. Hier sollen nun „Ausbaugegner“ und „Ausbaubefürworter“ eine begrenzte Zeit diskutieren. Worüber? Nicht darüber, „ob“ die Erweiterung erfolgt, sondern darüber, „wie“ sie erfolgt.

Kein Wunder, wenn da die eigenen Leute sauer werden. Jürgen May, SPD-Landtagsabgeordneter, bemängelte, daß Eichel mit diesem Verfahren, „das kein ergebnisoffener Dialog“ sei, den Ausbau der politischen Entscheidung entzogen habe.

Aber darum geht es den Strategen bei der FAG, in den diversen „Wirtschaftsförderungsvereinen“, der Industrie- und Handelskammer und in der Landeshauptstadt. Alle haben den Krach von den Startbahnkämpfen noch im Ohr.

Und leider steht ja mal wieder eine Landtagswahl ins Haus. Also raus mit dem Thema aus dem politischen Gerangel und hinein in die ruhige, kulturvolle Mediationsrunde.

Das haben sie sich so ausgedacht, aber es wird nicht funktionieren. Immer mehr Ausbaugegner verweigern sich mit gutem Grund. Und damit platzt sie, die ganze schöne Mediation.

Beinahe

Beinahe wären wir auch in dem Verein. Wenn es nach Bürgermeister Brehl gegangen wäre, dann wäre unsere Stadt jetzt auch im Verein „Wirtschaftsförderung Region Frankfurt Rhein-Main“. Über 50 Kommunen hat der umtriebige große Vorsitzende Grandke aus Offenbach eingesammelt.

Was die jetzt so machen? Erst präsentieren sie ein Logo, dann meldeten sie sich „wirtschaftsfördernd“ zu Wort. Zum Beispiel so: „Der Ausbau Rhein-Main ist zwingend erforderlich!“

Eigenartig aber, die Gefolgschaft folgt da dem Vorsitzenden nicht so ganz. Immerhin gehören zu den „Mitgliedern“ auch Kommunen, wie z.B. Kelsterbach, die sich heftig gegen einen Ausbau zu Wort meldeten.

Bleibt die Hoffnung, daß Brehl jetzt doch ein wenig dankbar ist, daß weitsichtigere Kommunalpolitiker in unserer Stadt sich quer legen.

Geschäfte mit dem Müll

In einer Informationsveranstaltung referierte der Vorstandsvorsitzende der Riedwerke, Stroppe, über die neuste Lage in Sachen Müllentsorgung. Mit vielen Details gespickt versuchte er, den Ortspolitikern die Logik und Sachzwänge für den Beitritt des Kreises zum Südhessischen Abfallverband (ZAS) schmackhaft zu machen. Mit ungutem Gefühl und verunsichert verließ wohl mancher Mandatsträger die Versammlung. Für uns in Mörfelden-Walldorf geht es nur um die Entscheidung wie unsere Vertreter in der Versammlungsversammlung zu den Beitrittsplänen stimmen. Die Diskussion um die Art der Abfallentsorgung, die Entsorgungssicherheit, die Einbringung der Deponie Büttelborn und schließlich die Kosten für den Bürger wird aber auch in anderen Kommunen geführt. Viele Fragen wurden gestellt an diesem Abend und viele beantwortet - doch vieles blieb offen.

Rechenbeispiel: Z. B.: Die Deponie Büttelborn kostete 118 Mill. DM, davon ist heute ein Restwert von 64 Mill. vorhanden. Die Verkaufssumme dieser Deponie an die ZAS wird mit 81 Mill. angegeben. Damit hätte der Kreis knapp 20 Mill. Gewinn. Die 81 Mill. finanziert die ZAS, woran dann der Kreis ein Viertel besitzt. Somit auch ein Viertel der Kaufpreisschulden = 20 Mill. Die Fixkosten der Müllentsorgung (Anlagen, Maschinen, Personal) werden durch den Beitritt nicht kleiner.

Noch buhlen schwach ausgelastete Müllverbrennungsanlagen um Kunden. Dadurch ist ein günstigerer Preis zu erzielen. Wird das auch in Zukunft sein? Privatwirtschaft macht's billiger? Private Müllentsorger haben sich bei den Riedwerken um die Müllentsorgung beworben. Sie versprechen niedrigere Gebühren. Das mag auf den ersten Blick verlockend sein, doch stellen wir die Frage nach der Entsorgungssicherheit, der Kontinuität der Preisgestaltung und der Ökologie. Das jüngste Beispiel privater Unbekümmertheit sind die Atomtransporte. Fazit: Müllentsorgung gehört nicht in private Hände!

Bei der ganzen Diskussion um die günstigste Müllentsorgung - ökologisch und preislich - ist ein Punkt nicht genannt

worden: Müllvermeidung. Durch Gesetze und Verordnungen müßten viele Verpackungen und Einwegbehältnisse verboten werden. Ebenso sollten Behältnisse aus nachwachsenden und biologisch abbaubaren Rohstoffen Vorrang bekommen.

Über alle diese Fragen wollen wir auf einer öffentlichen DKP-Veranstaltung diskutieren. Ein „Müll-Fachmann“, Verfahrensingenieur Werner Funk aus Neuberg, steht am 8. Juli, 20 Uhr, im Bürgerhaus Mörfelden, Rede und Antwort. rd

Fachchinesisch

TASi, die Technische Anleitung Siedlungsabfall, ist das Gesetzeswerk, das die Grenzwerte für die Ablagerung von Hausmüll vorschreibt. Sie verengt die Bemühungen um möglichst schadstofffreie Endlagerung auf die Müllverbrennung. MBA, die mechanisch-biologische Abfallentsorgung, läßt Spielraum für den natürlichen Abbau. Und welches Verfahren kostengünstiger und weniger umweltbelastend ist, das ist eine Frage von Forschung und Wissenschaftlern. Der „normale“ Stadtverordnete oder Rathausbedienstete ist damit überfordert. Klar ist für unsere Stadt: Mit der Abgabe der Müllentsorgung an den Kreis (Riedwerke) hat sie Kompetenz an ein externes Gremium abgegeben. Mit dem Beitritt zum ZAS verliert der Kreis die alleinige Entscheidung über die Kreis-müllentsorgung. Der Kreis wird in Zukunft nur 25% des Stimmrechts im ZAS haben, also Minderheit sein. Die Mehrheitsentscheidungen im ZAS (auch über die Kosten) werden in Darmstadt getroffen.

Der „blickpunkt“ freut sich immer auf Leserbriefe

Die „Nebenjobs“

Es ist noch nicht lange her, als bekannt wurde, daß sich der Präsident des Oberlandesgerichtes Heinrichs Millionen zu seinem sicher nicht geringen Gehalt hinzuverdiente. Für ein Gutachten, das er auch noch von seinen Untergebenen während der Arbeitszeit schreiben ließ. Dieser Tage ist ein zweiter Fall in Wiesbaden bekannt geworden. Ein Ministerialrat hatte seit 1985 als Nebentätigkeit noch den mit 40.000 Mark dotierten Posten eines Aufsichtsratsvorsitzenden in einem Konzern ausgeübt. Wie es hieß, beförderte er hierbei sogar „fragwürdige Abschreibungsmodelle“, mit denen er „indirekt darauf hinwirkte, dem Fiskus die Steuereinnahmen ab-zudrehen“.

Da wird dieser Tage der von Innenminister Bökel (SPD) vorgelegte neue Gesetzentwurf für Nebentätigkeiten vom Kabinett gebilligt. Was dabei herauskommt schreit zum Himmel angesichts landesweiter Kürzungen und Schlechterstellungen im Arbeiter- und Angestelltenbereich. Da heißt es: Einkünfte über 30% der jährlichen Dienstbezüge, gelten als unverhältnismäßig“. Sie werden keinesfalls automatisch gekappt, nur eine „besonders intensive Prüfung wird vorgeschrieben. Versagt werden kann der Zweitjob nur, wenn er mehr als ein Fünftel der Wochenarbeitszeit beansprucht“.

Was inzwischen bekannt wurde, jahrzehntelang geduldet und auch weiterhin nicht beschnitten wird, ist ein Skandal. Wo fängt er an und wo hört er auf. Sie nehmen alles mit was sie kriegen können und haben noch nicht einmal ein schlechtes Gewissen dabei. Wo man hinschaut stinkt es. Ganz egal, ob es in Bonn und Wiesbaden um Diätenerhöhungen geht, oder um Nebenjobs. Sie wollen es den Top-Managern in der Wirtschaft und den Spitzensportlern, die Millionen verdienen, nachmachen. Was ist das für eine Demokratie, in der das alles noch als „clever“ bezeichnet wird. Öffentlich machen, dagegen protestieren und entsprechend wählen ist dringend notwendig. hh

Ehemalige jüdische Mitbürger waren in der alten Heimat

Nach 14 Jahren lud die Stadt ihre ehemaligen jüdischen Mitbürger wieder ein. Sie waren in den Jahren der Naziherrschaft geflüchtet und so dem sicheren Tod entgangen. Anders als beim ersten Treffen gab es die anfänglichen Berührungängste nicht. Die bangen Fragen auf beiden Seiten: „Wie werden wir empfangen, was erwartet uns in der alten Heimat, wie werden die Begegnungen und Gespräche sein; und andererseits wie werden sie uns entgegengetreten, nehmen sie unsere Geste der Verbundenheit an?“, standen diesmal nicht im Vordergrund. Schon beim Empfang durch den Magistrat sprach man von Dankbarkeit und freundschaftlichem Begegnen. Schulfreunde umarmten sich. Schnell kam man ins Gespräch. Beim anschließenden Gang durch die Mörfelder Altstadt hielten die Besucher und Gastgeber vor den Häusern der ehem. jüdischen Mitbürger an. Die sehr engagierte Museumsleiterin, Cornelia Rühlig (man hatte ihre Stelle schon zeitweise mit einem „kw“-Vermerk = kann wegfallen belegt!), erzählte die Geschichte und das Schicksal der jeweiligen Familien. Man mußte schon ein Herz aus Stein haben, wenn man nicht einen Kloß im Hals spürte. Dieses Gefühl beschlich auch die Zuhörer des Rundgesprächs der 12. und 13. Klasse der Bertha-von-Suttner-Schule und den ehemaligen Mörfeldern. Das Erzählen der eigenen Familienschicksale, die traumatischen Gedanken auch nach über 50 Jahren, das Nicht-vergessen-können und die ausgestreckte Hand zum Verzeihen und zur Freundschaft hat sicher mehr Nachhaltigkeit verursacht, als manche

Unterrichtsstunde. Der Bogen zum Heute wurde gespannt, als die Schüler von ihrem Projekt Außenlager Natzweiler in Walldorf sprachen, von den Begegnungen mit ehemaligen jüdischen Gefangenen in Ungarn. Das Schlußwort sprach ungewollt ein Schüler, der berichtete, daß in der Bertha-von-Suttner-Schule ein Ausländeranteil von 27% sei und daß 49 Nationalitäten vertreten wären. Er sprach von einem Glück, daß die verschiedenen Kulturen und Rassen sich dadurch besser kennen- und achten lernten. Nur so können Vorurteile abgebaut und ein friedliches Neben- und Miteinander erreicht werden. rd

Laßt doch die alten Geschichten ruhen...

... diesen Satz mußten wir schon oft hören. Wir waren und sind jedoch der Auffassung, daß man sich erinnern muß.

Die Mörfelder Kommunisten die unter Hitler von 1933 bis 1945, neben den Juden, am meisten zu leiden hatten, traten schon sehr früh für ein Erinnern an die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Stadt ein. In Büchern, Broschüren und Kalendern wurde die Zeit des Faschismus aufgearbeitet. Im Dezember 1971 wurde in der Stadtzeitung „blickpunkt“ unter der Überschrift „Es waren unsere Nachbarn“ ausführlich das Schicksal der jüdischen Familien beschrieben. Junge Kommunisten entdeckten anläßlich eines Besuches in Buchenwald auf einer Landkarte mit ehemaligen KZ-Lagern auch den Namen Walldorf und erfuhren, daß es sich um das Außenlager handelte, in dem zeitweise 1700 jüdische Frauen unter unmenschlichen Verhältnissen inhaftiert waren. 35 Jahre sprach niemand darüber. Als die DKP den Antrag stellte, einen Gedenkstein dort aufzustellen, hörte man auch von Sozialdemokraten „Laßt doch die alten Geschichten ruhen“, CDU-Leute nannten uns „Nestbeschmutzer“. Der Antrag wurde jedoch Anfang der 80er Jahre angenommen und der Gedenkstein errichtet.

Auch andere Initiativen im Stadtparlament führten zum Erfolg. Auf dem Walldorfer Friedhof wurde ein Gedenk-

stein für die Opfer des Faschismus aufgestellt und Straßen nach ermordeten Widerstandskämpfern benannt. Die Gedenkstätte für die ehemalige Synagoge in Mörfelden und die 1984 erfolgte Einladung früherer jüdischer Bürger unserer Stadt, die den Holocaust überlebt hatten, gehen auf Anträge der DKP zurück.

Es ist lobenswert und politisch richtig, daß der Magistrat unserer Stadt diesen Personenkreis nun nach 14 Jahren erneut eingeladen hatte. Es ist ein Stück Wiedergutmachung, aber auch das Setzen eines Zeichens gegen das Anwachsen rechter Gesinnung in unserem Land. Heinz Hechler

Die Fluglärm-Beschwerde-Nummer:

(069)
690-22001



Kulturinitiative am Ende

Daß die Kulturinitiative ihre Auflösung beschlossen hat, ist zu bedauern. Das kulturelle Leben unserer Stadt wird reicher, wenn Vereine und Bürgerinitiativen aktiv mitgestalten und organisieren. Leider war es bisher nicht möglich, ein festes Domizil („Kulturcafé“) für den Verein zu finden; zu groß waren die Widerstände, der „freien“ Kultur mehr Priorität einzuräumen. Doch ist es ohne Verein, ohne außerparlamentarisches Engagement noch weniger möglich. Langer Atem ist zur Durchsetzung von Zielen notwendig.

Mit der Forderung: Alles oder nichts tut man sich und der Sache keinen Gefallen.

**Jede Mark
hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Mehr als ein Skandal

Was in den letzten Wochen über Atomtransporte bekannt wurde, ist mehr als ein Skandal. Seit etwa 15 Jahren weiß auch die CDU-Bundesregierung, welche Gefahren und Risiken bei Transporten von Atommüll bestehen. In dieser Regierungsepoche von Kohl und Co. wurden aber die Weichen für die Atomlobbyisten auf Durchfahrt gestellt. Der Widerstand der Atomkraftgegnerinnen und -gegner wurde kriminalisiert, die Ängste und Sorgen der Bevölkerung in den Wind geschlagen. Das Atomgesetz wurde insgesamt neunmal novelliert. Eine solche Änderung steht nun wieder bevor. Ein Sprecher des Umweltministeriums sprach von „Nachbesserungen“. Der von Merkel vorgelegte „Zehn-Punkte-Plan“ ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt wurde. Maßnahmen zur besseren Transparenz zwischen den einzelnen verantwortlichen Gremien und Behörden bekämpfen nämlich nur die Symptomatik des Castor-Skandals, nicht jedoch das grundsätzliche Problem der Atommüllentsorgung.

Eine mit „einem kleinen Läppchen“ durchgeführte Wischprobe an einem Tragezapfen eines Castor-Behälters weist zwar sieben Becquerel pro Quadratcentimeter auf - erlaubt sind vier - doch dies seien „vergleichsweise kleine Strahlenbelastungen“ heißt es. Das verstrahlte Tieflader-Gestell in Darmstadt, war sicher auch „ganz harmlos“

Die angelaufene Schadensbegrenzung, die „Aktuelle Stunde“ im Bundestag, geriet zu einem Possenspektakel mit Wahlkampfcharakter.

Die Forderungen nach dem Rücktritt von Merkel, die von den Bündnisgrünen und der PDS unterstützt wurden, lehnte Kanzler Kohl wütend ab. Die SPD enthielt sich bei dieser Forderung mit Vorsicht. Immerhin sitzt ihr niedersächsischer Innenminister Glogowski im Aufsichtsrat eines Stromkonzernes, der Preussag.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Hermann Lutz, erklärte unterdessen, solange die Umstände der Castor-Transporte und die daraus zu ziehenden Konsequenzen nicht geklärt seien, dürften keine Polizeieinsätze für die Transporte mehr zugelassen werden.

Das wird für die Betreiber der deutschen Atommeiler zu einem Problem werden. Denn die Lager, in denen sich die abgebrannten Brennelemente befinden, füllen sich weiterhin.

Nach dem deutschen Atomrecht müssen Atomkraftwerke abgeschaltet werden, wenn ihre Lager die Kapazitätsgrenzen erreicht haben. Das steht gegen die Profitinteressen der Atomwirtschaft und deren Bonner Lobby - eine Entscheidung über das verhängte Transportverbot wird also bald fallen müssen.

Nun kommt es darauf an, diesen Skandal nicht einfach zu schlucken und zur Tagesordnung überzugehen. Proteste sind notwendiger denn je. Immer mehr Menschen begreifen, was ohne ihr Wissen und ohne ihre Zustimmung auf Spiel gesetzt wird: Ihr Leben und ihre Gesundheit.

**Am 27. September ist
Bundestagswahl
Kohl muß weg
eine andere Politik
muß her**

Sozialneid?

Das Schaufenster eines Juweliers in der Fußgängerzone einer deutschen Großstadt ist eine Attraktion. Ins Auge fällt eine diamantenbesetzte Brosche in Form eines Leoparden für 208.000 Mark, das Diamantenkollier kostet nur die Hälfte, ein Diamantenring ist für schlappe 54.100 Mark zu haben. Wer sich so etwas wohl leisten kann? Zwanzig Meter weiter sitzt ein Bettler auf dem Bürgersteig - abgewetzte Klammotten, aber sauber. Vor ihm die Mütze, in der ein paar Münzen liegen, und das Schild „keine Arbeit, keine Wohnung, habe Hunger“.

(Zitat aus „Wasserprediger und Weintrinker“ von D.Beck/H.Meine)

Die Kluft zwischen arm und reich klafft im Deutschland der späten 90er Jahre

immer weiter auseinander. Nicht überall ist sie sofort sichtbar. Häufig wird sie verleugnet oder kaschiert - von den Reichen, die Neider fürchten, ebenso wie von den Armen, die sich ihrer Not schämen. Immer prächtiger glitzern die Einkaufspassagen in den Großstädten. Leuchtreklamen, Chrom, Marmor, Edelhölzer. Doch auf 200 Meter Frankfurter Zeil zählt man bei schönem Wetter über zehn Bettler. Verschämte Armut und unverschämter Luxus prallen aufeinander. Wer sind die Menschen, die sich ein Kollier für 103.000 Mark kaufen? Woher stammt ihr Vermögen? Die Zahl der Einkommensmillionäre, d.h. Personen mit einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als einer Million pro Jahr, hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist fast im gleichen Tempo gestiegen. Die Haushalte deutscher Kommunen ächzen unter den erdrückenden Sozial-etats. Fast alle Städte sind hochverschuldet, einige stehen kurz vor dem Bankrott. Dabei macht kaum jeder Zweite seinen Anspruch auf Sozialhilfe überhaupt geltend. Dennoch wird dies nicht öffentlich gemacht. Es paßt besser zum Zeitgeist der neoliberalen Gesellschaft, sich am Stammtisch, in Talk-Shows und im Bundestag über den Mißbrauch bei der Sozialhilfe zu erhitzen. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten mahnen Kürzungen zuerst bei den kleinen Leuten an. Hans Peter Stahl, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, fordert: Alles gehört auf den Prüfstand - von der Sozialhilfe bis zum Rentensystem. Die Eingriffe müssen so umfassend sein, daß im Ergebnis jeder davon betroffen ist“. Alle müssen sparen, nur der Kettensägenfabrikant und seinesgleichen nicht, dessen Vermögen auf rund 670 Millionen Mark geschätzt wird, denn: „Für die Eliten, die wir brauchen, muß es nach wie vor einen materiellen Anreiz geben.“

*„Ich kenne die Weise,
ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigen öffentlich Wasser.“*

So beschrieb Heinrich Heine in seinem Wintermärchen die Hinterfotzigkeit der Herrschenden im Deutschland des Jahres 1844. Geändert hat sich in über 150 Jahren nicht viel, scheint es.

Heinz Hechler

Ein interessanter Fund

Manchmal findet man wirklich interessante Dinge - so jetzt einen Faltprospekt, der 29 Jahre alt ist.

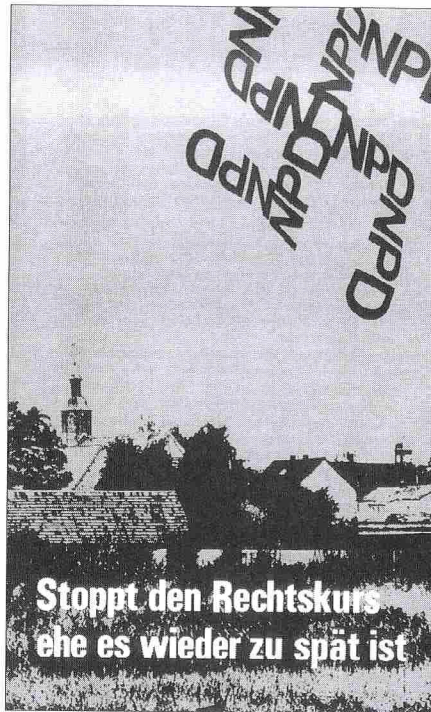
Als im Sommer des Jahres 1969 in Mörfelden und Walldorf die Neonazis der NPD stärker wurden, bildete sich in Mörfelden ein demokratisches Bürgerkomitee, in dem, mit dem Magistrat an der Spitze, 16 Organisationen und Parteien gemeinsam arbeiteten.

Im Faltprospekt des Bürgerkomitees, er wurde in hoher Auflage gedruckt und verteilt, kann man unter anderem lesen:

„... der Feind steht rechts“, mit diesem Satz schloß am 25. Juni 1922 Dr. Joseph Wirth, Reichskanzler der Weimarer Republik, seine erschütternde Anklage gegen die Mörder seines Außenministers Walter Rathenau. Die Worte Wirths sind in die Geschichte eingegangen, seine Feststellungen sind heute noch so aktuell wie damals. Nur gibt es heute viel mehr Unklarheiten über die Begriffe „links“ und „rechts“. Wer links und rechts gleichsetzt, klärt nicht auf, sondern verwirrt.

Rechts - das war in Deutschland schon zweimal die Kriegspartei, die den ersten und zweiten Weltkrieg vorbereitete und durchführte. Rechts - das waren Hitler, die SA und die SS. Rechts - das war die Judenvernichtung in den Gaskammern von Auschwitz. Rechts - das war Faschismus und Krieg.

Auf der anderen Seite standen die Kämpfer für Frieden und Freiheit. Auf der anderen Seite standen die Antifaschisten, die Widerstand leisteten und das demokratische Deutschland in den



Jahren der Hitler-Tyrannie repräsentierten.

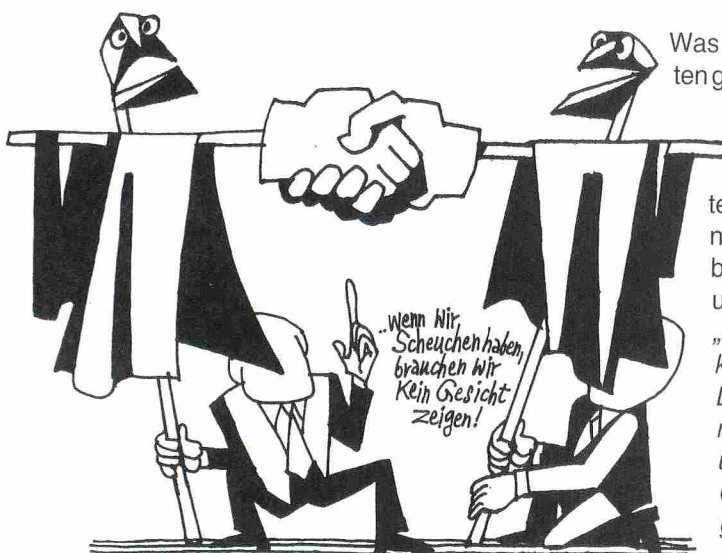
Rechts stand und steht der überwiegende Teil des deutschen Großkapitals.

Links stand und steht die deutsche Arbeiterbewegung.

Rechts und links sind in der deutschen Politik nicht auswechselbar.

Nur jene, die seit eh und je rechts standen - haben ein Interesse an einer Gleichsetzung beider Positionen. Hitler konnte 1933 an die Macht gelangen, weil die Arbeiterparteien und die Demokraten sich nicht einig waren. Diesen Fehler wollen wir nicht wiederholen. Stoppt den Rechtskurs!“

Diese richtigen Erkenntnisse unterschrieb neben der DKP auch die hiesige CDU.



Was haben sich die Zeiten gewandelt. Jetzt hat die CDU unserer Stadt in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht in dem es u.a. heißt:

„Für Demokraten kann es mit NPD, DVU, Republikanern sowie DKP und PDS keine Gemeinsamkeiten geben.“ ... „Wir protestieren ge-

gen jegliche Art von Zusammenarbeit mit rechts- oder linksradikalen Parteien wie NPD, DVU, Republikanern oder DKP und PDS. Mit ihnen darf es keinerlei Kooperation oder Duldungsabkommen geben.“

Was soll man davon halten? Was hat sich da bei der CDU geändert?

Wir wissen's nicht so genau. Sicher spielen da auch einzelne Personen eine Rolle.

Wie auch immer, in jedem Fall heißen die Hintze und Hauser in unserer Stadt heute Jung und Haselbach.

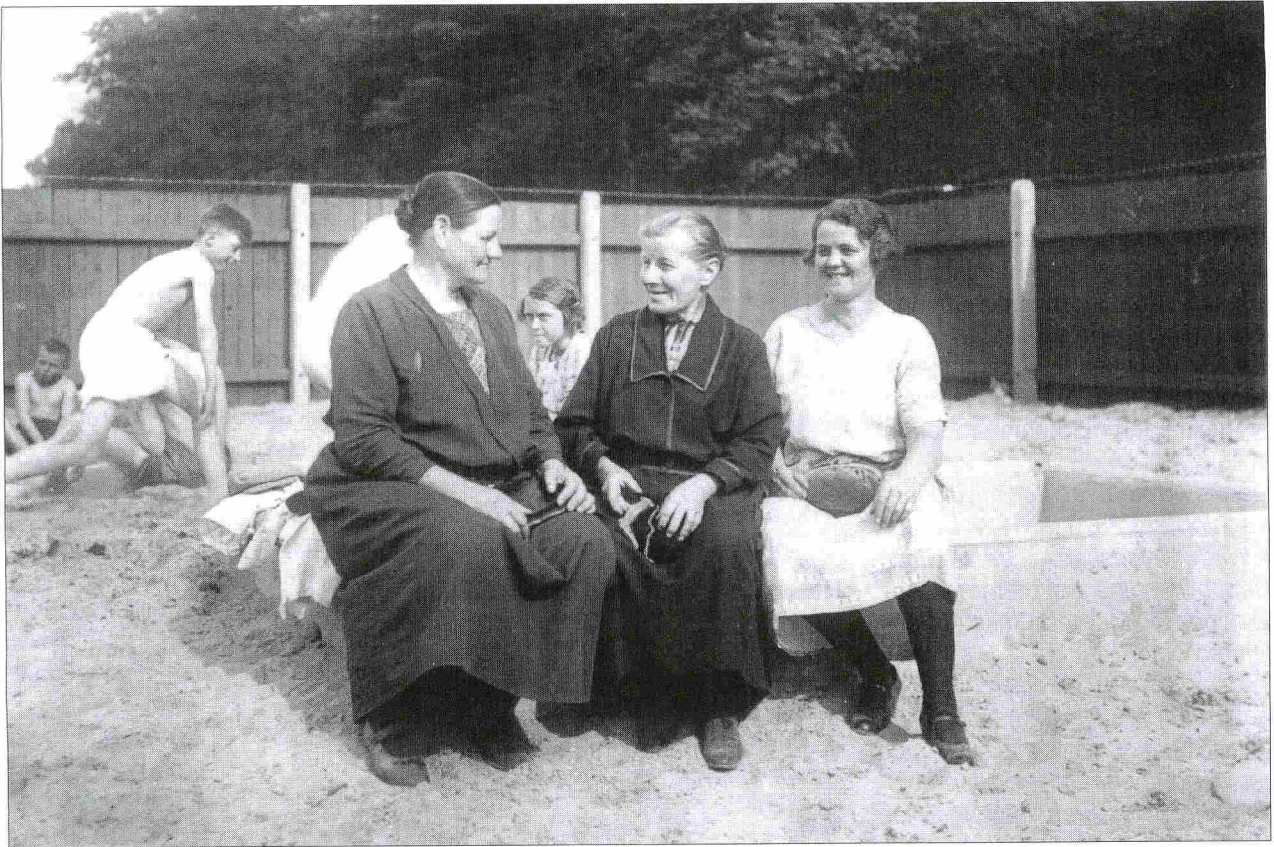
Allerdings ist man bei der CDU schon einiges gewohnt. Im Jahre 1947 wollte sie noch einen „christlichen Sozialismus“, weil „das kapitalistische Wirtschaftssystem den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ sei.

Angesichts von 6 Millionen Arbeitslosen könnte sich die CDU ja mal wieder ihr altes Programm durchlesen. RH



Am 27. September ist Bundestagswahl

Kohl muß weg eine andere Politik muß her



Drei Mörfelderinnen im Sonntagskleid zu Besuch im Schwimmbad vor etwa 70 Jahren. Sie sitzen im hinteren Teil des Spiel- und Liegeplatzes inmitten spielender Kinder und halten ihr Schwätzchen. Badekleidung, gar kurze Hosen, oder am Ende auch noch selbst ins Wasser gehen, kam ihnen nicht in den Sinn. Mit ihrem Besuch, sicher anlässlich der Eröffnung des „Schwimm-, Luft- und Sonnenbades“ im Jahre 1928, dokumentierten sie allerdings ihre Aufgeschlossenheit zu solchen neuzeitlichen Einrichtungen. Fürwahr, es war schon nicht in jeder Kommune der Größenordnung von Mörfelden seinerzeit üblich, ein Schwimmbad zu bauen. Aber fortschrittliche Gemeinderäte, Sozialdemokraten und Kommunisten, entschlossen sich Ende der zwanziger Jahre zu einem solchen Bauvorhaben. Es muß eine gewisse Aufbruchstimmung gewesen sein, denn gleichzeitig errichteten Mörfelder Arbeiter in Selbsthilfe ihr Vereinsheim, das damalige Volkshaus und heutige Bürgerhaus. Vorausschauende Beschlüsse, die sich auszahlten. Auf dem Bild sind zu erkennen von rechts, Marie Schaffner („Lohne-Marie“) und in der Mitte Margarethe Heinecke („Heinecker-Modder“).



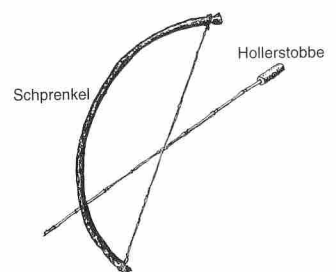
Wohin mit dem Müll?

**Öffentliche Diskussion mit
Werner Funk, Verfahreningenieur**

**Mittwoch, 8. Juli 1998, 20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden**

**Eine Veranstaltung der DKP-Mörfelden-Walldorf
Alle interessierten Bürgereinnen und Bürger sind eingeladen.**

Unser Lexikon



Schprenkel, Hollerstobbe
Selbstgemachter Bogen,
Holunderstopfen für „Pfeile“